

# Stadtverordnetenversammlung

## Protokoll Nr. STV/01/2016

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung  
am 22.02.2016,  
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls, Lübecker Str. 8

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr  
Ende der Sitzung : 22:10 Uhr

### Anwesend

#### Vorsitz

Herr Roland Wilde

#### Stadtverordnete

Frau Carola Behr

Herr Thomas Bellizzi

Frau Doris Brandt

Herr Christian Conring

Herr Claas-Christian Dähnhardt

Herr Jürgen Eckert

ab TOP 4

Herr Peter Egan

Herr Rafael Haase

Herr Jörg Hansen

Frau Anna-Margarete Hengstler

Herr Tobias Koch

Herr Dirk Langbehn

Herr Detlef Levenhagen

Frau Monja Löwer

Herr Hartmut Möller

Frau Marleen Möller

Herr Jochen Proske

außer TOP 17, 18

Herr Bela Randschau

Frau Claudia Rathje

ab TOP 7.2

Herr Achim Reuber

Herr Hinrich Schmick

Frau Karen Schmick

Herr Christian Schmidt

Herr Christian Schubbert-von Hobe

Herr Matthias Stern

Frau Martina Strunk

Herr Michael Stukenberg

Frau Doris Unger

### **Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder**

Herr Gerhard Bartel  
Frau Jonida Kajolli

Frau Yasmina Klix

Herr Angelius Krause  
Herr Christof Schneider

Behindertenbeirat bis TOP ?  
Kinder- u. Jugendbeirat bis TOP  
19

Kinder- u. Jugendbeirat bis TOP  
19

Behindertenbeirat bis TOP 13  
Seniorenbeirat bis TOP 19

### **Verwaltung**

Herr Michael Sarach  
Herr Horst Kienel  
Frau Meike Niemann  
Herr Felix Prochnow  
Herr Thomas Reich  
Herr Sven Runge  
Frau Birgit Reuter

Bürgermeister

Referendar FB II

Veranstaltungstechnik  
Protokollführerin

### **Entschuldigt fehlt/fehlen**

### **Stadtverordnete**

Herr Dustin Holzmann  
Herr Heino Wriggers

## **Behandelte Punkte der Tagesordnung:**

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Bekanntgabe des in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses
4. Einwohnerfragestunde
5. Festsetzung der Tagesordnung
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr.10/2015 vom 14.12.2015
7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
  - 7.1. Berichte gem. § 45 c GO
  - 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
    - 7.2.1. Finanzbericht Nr. 03/2016
    - 7.2.2. Dank der Organisation Youth for Understanding für die Unterstützung durch die Stadt
    - 7.2.3. 221. Sitzung der Fluglärmschutzkommission
8. Ehrung des Stadtverordneten Herrn Schubbert-von Hobe für seine zehnjährige Tätigkeit in der Kommunalpolitik
9. DLRG-Vereinshaus auf dem Gelände der badlantic Betriebsgesellschaft mbH **2016/003**
10. Erlass der Haushaltssatzung 2016 **2015/148/2**  
- Beschlussfassung über den Stellenplan 2016
11. Erlass der Haushaltssatzung 2016 **2015/133**
12. Zahlung von Schulkostenbeiträge 2015 **2015/157**  
- Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen gemäß § 95 d GO

- |     |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                          |                    |
|-----|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------|
| 13. | 45. Änderung des Flächennutzungsplans für das Gebiet nördlich der Straße An der Strusbek auf Höhe der Hausnummern 60 bis 68 in einer Tiefe von 120 m bis 180m, westlich begrenzt durch das Regenklärbecken östlich der Bahntrasse, nördlich begrenzt durch einen Knick an der Gemeindegrenze zu Delingsdorf, östlich begrenzt durch die Strusbek<br>- Abwägung der Stellungnahmen<br>- Abschließender Beschluss          | <b>2016/007</b>    |
| 14. | Bebauungsplan Nr. 97 für das Gebiet nördlich und östlich der Straße "An der Strusbek" auf Höhe der Hausnummern 56 bis 68 in einer Tiefe von 120 m bis 180 m, westlich begrenzt durch die Bahntrasse der Wirtschaftsbahn, nördlich begrenzt durch die Stadt-/Gemeindegrenze zu Delingsdorf, östlich begrenzt durch die Strusbek<br>- Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 97<br>- Beschluss der Bekanntmachung | <b>2015/162</b>    |
| 15. | Städtebauförderung: Einleitungsbeschluss über Vorbereitende Untersuchungen - Städtebauliche Gesamtmaßnahme: Städtebauförderungsprogramm "Städtebaulicher Denkmalschutz" für die Innenstadt/ Schlossbereich<br>- Zustimmung zum geänderten Fördergebiet: Ergänzungsbereich Bahnhof                                                                                                                                        | <b>2016/006</b>    |
| 16. | Schulentwicklungsplanung der Stadt Ahrensburg für die Jahre 2015 bis 2019                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                | <b>2015/160</b>    |
| 17. | 3. Änderungssatzung zur Satzung für die Stadtbücherei Ahrensburg                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         | <b>2016/001</b>    |
| 18. | Verkaufsoffene Sonntage 2016                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                             | <b>2016/005</b>    |
| 19. | Antrag des Behindertenbeirates f.d. STV - Kommunaler Aktionsplan "Ahrensburg wird inklusiv"                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              | <b>AN/021/2016</b> |

## 1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Bürgermeister Wilde begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Gemäß § 32 Abs. 4 der Gemeindeordnung in Verbindung mit § 3 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung haben die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und der Ausschüsse dem Bürgermeister ihren Beruf sowie andere vergütete oder ehrenamtliche Tätigkeiten mitzuteilen, soweit dies für die Ausübung ihres Mandats von Bedeutung sein kann. Frau Claudia Rathje ist neu in die Stadtverordnetenversammlung gewählt worden, Herr Toufic Khayat ist neues Bürgerliches Mitglied. Sie haben folgende Angaben gemacht:

***„Üben Sie einen Beruf oder eine andere vergütete oder ehrenamtliche Tätigkeit aus, die für die Ausübung Ihres Mandats von Bedeutung sein kann?“***

Name            **Claudia Rathje**                    *ja, CDU-Kreistagsabgeordnete*

Name            **Toufic Khayat**                        *nein*

## 2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Wilde stellt die Beschlussfähigkeit fest.

## 3. Bekanntgabe des in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14.12.2015 wurde folgender Beschluss in nicht öffentlicher Sitzung gefasst:

*„Die Stadt Ahrensburg erwirbt eine Fläche in Siek mit 2,3560 ha zu einem Kaufpreis von 65.000 € + Nebenkosten und Aufwandsentschädigung, die als Ausgleichsfläche für den Bebauungsplan Nr. 97 (Gewerbegebiet Nord, Standort Basler) herangezogen werden soll.“*

#### 4. Einwohnerfragestunde

Bürgermeister Wilde verliest auf Bitten des nicht anwesenden **Herrn Krüger** sein Schreiben zur Moorwanderwegbrücke wie folgt:

Er habe sich in den vergangenen 3 Jahren jeweils im Januar in der Einwohnerfragestunde der Stadtverordnetenversammlung immer mit dem gleichen Thema „Moorwanderwegbrücke“ gemeldet. Jedes Mal würden ihm der Vorsitzende, die Politiker und die Verwaltung ihre Bereitschaft, endlich eine Erneuerung dieses Weges in Angriff zu nehmen, signalisieren. Über die Attraktivität und Bedeutung dieser Wanderstrecke durch den Forst Hagen sei ausreichend diskutiert, argumentiert und geschrieben worden. Er bittet dringend, der vorgeschlagenen Verschiebung des Projektes Nr. 501 „Neubau Brücke Moorwanderweg“, Konto 55100.0900002, in das Haushaltsjahr 2019 zu widersprechen. Sein heutiges Fernbleiben soll als Protest gegen die Politik, die durch Aufhebung ihrer eigenen Beschlüsse das Projekt von einem Haushaltsjahr ins nächste verschieben würde, verstanden werden. Gleichzeitig auch als Protest gegen die Verwaltung, die in über 3 Jahren nur einen einzigen und seiner Auffassung nach, absurden Neubauvorschlag, vorgelegt habe.

Es wird auf die Haushaltsberatungen in dieser Sitzung verwiesen.

**Frau Steinweg** lobt den ca. 60 cm breiten Gehweg in der Rathausstraße mit der Möglichkeit der wunderbaren Nutzung und bedankt sich hierfür.

**Herr Frank Loose** von der Bürgerinitiative Pionierweg BIP erläutert die Anliegen der Anwohner des Pionierweges laut **Anlage**. Der Anlage beigelegt sind insgesamt 220 Unterschriften, wovon 210 Unterschriften direkt von den Anliegern des Pionierweges und Umgebung geleistet worden sind. Die Straße sei als Spielstraße geplant. Er bittet, den Anwohnern die Gewissheit zu geben, dass eine entsprechende Umsetzung erfolgt. Die Verwaltung wird aufgefordert, die Kontaminierungskosten zu übernehmen. Er übergibt Bürgermeister Wilde sein Schreiben zu dem wie vor vorgestellten Anliegen einschl. Unterstützungsunterschriften mit der Bitte, das Anschreiben an die Fraktionen weiter zu leiten.

#### **Anmerkung der Verwaltung**

Das Anschreiben ist als **Anlage** beigelegt. Die Unterstützungsunterschriften sind beim Fachdienst IV.3.1 einsehbar.

## **5. Festsetzung der Tagesordnung**

In der Sitzung des Hauptausschusses am 15.02.2016 wurde angeregt, den Antrag des Behindertenbeirates für die Stadtverordnetenversammlung am 22.02.2016 „Kommunaler Aktionsplan - Ahrensburg wird inklusiv“ - AN/021/2016 - zunächst in den verschiedenen betroffenen Ausschüssen unter Federführung des Sozialausschusses zu behandeln. Der Vorsitzende des Behindertenbeirates, Herr Bartel, hat sich im Hauptausschuss damit einverstanden erklärt. Er erklärt in der Stadtverordnetenversammlung, dass er seinen Antrag „Kommunaler Aktionsplan - Ahrensburg wird inklusiv“ - AN/021/2016 zwecks Beratung in den Ausschüssen zurückzieht.

Die Stadtverordneten stimmen anschließend der Zurückverweisung des Antrages in die Ausschüsse unter Federführung des Sozialausschusses zu.

**Abstimmungsergebnis: Alle dafür**

Stadtverordneter Langbehn beantragt, den Tagesordnungspunkt „DLRG-Vereinshaus auf dem Gelände der badlantic Betriebsgesellschaft mbH“ aufgrund deren Auswirkungen auf den Haushalt 2016 vor dem Tagesordnungspunkt „Erlass der Haushaltssatzung 2016 – Beschlussfassung über den Stellenplan 2016“ zu beraten.

Die Stadtverordneten stimmen dem Antrag auf Verschiebung des Tagesordnungspunktes wie vor aufgeführt zu.

**Abstimmungsergebnis: Alle dafür**

Die Stadtverordneten stimmen der Beratung der Tagesordnungspunkte „Grundstücksangelegenheit Vorlagen-Nr. 2016/008“ sowie „Grundstücksangelegenheit Vorlagen-Nr. 2016/014“ in nicht öffentlicher Sitzung mit der erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Zahl der Stadtverordneten zu.

**Abstimmungsergebnis: Alle dafür**

Die Stadtverordneten stimmen anschließend mit oben genannten Änderungen der mit Einladung vom 11.02.2016 versandten Tagesordnung zu.

**Abstimmungsergebnis: Alle dafür**

## **6. Einwände gegen die Niederschrift Nr.10/2015 vom 14.12.2015**

Einwände gegen die Niederschrift bestehen nicht.

## **7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters**

### **7.1. Berichte gem. § 45 c GO**

Siehe nicht öffentliche **Anlage**.

### **7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen**

#### **7.2.1. Finanzbericht Nr. 03/2016**

Der Finanzbericht Nr. 03/2016 ist als **Anlage** beigefügt.

#### **7.2.2. Dank der Organisation Youth for Understanding für die Unterstützung durch die Stadt**

Das Deutsche Youth for Understanding Komitee e.V. spricht der Stadt Ahrensburg besonderen Dank und Anerkennung für das Engagement im Schüleraustausch aus. Durch die freundliche Aufnahme von 5 Austauschschülern aus China, Estland, Italien und Mexiko im Frühjahr 2014/2015 hat die Stadt Ahrensburg im besonderen Maße zur interkulturellen Verständigung beigetragen.

### **7.2.3. 221. Sitzung der Fluglärmenschutzkommission**

Bürgermeister Sarach berichtet über die 221. Sitzung der Fluglärmenschutzkommission am letzten Freitag. Protokoll und Anlagen werden im Internet unter [www.Ahrensburg.de](http://www.Ahrensburg.de) eingestellt. Ein wesentlicher Kernpunkt der Fluglärmenschutzkommission war die Jahresstatistik 2015 mit Darstellung der Fluggastzahlen und der Flugentwicklung. Es starten zunehmend größere Flugzeuge mit mehr Gewicht, mehr Schub und mehr Lärm. Hätte jedoch die Zahl der größeren Flugzeuge nicht zugenommen, hätte dies ca. 10.000 weitere Starts und Landungen in Hamburg bedeutet. Zunehmend bestehen Verschiebungen der Flugbewegungen aus den üblichen Tagesstunden in den späten Nachmittag und in den Abend. Die Grenze von 23:00 Uhr für Anflüge wird zunehmend ausgeschöpft. Die überwiegend vorherrschende Windrichtung Süd/Südwest, die Start- und Landeanflüge in einer bestimmten Richtung präjudiziert, war 2015 außergewöhnlich stark vertreten, sodass die Starts und Landungen auf der Landestartbahn 23, die auch maßgeblich für Ahrensburg ist, zugenommen haben.

2014 befanden sich die Beschwerden auf einem Niveau von 3.600. Im Jahr 2015 ist dieser Beschwerdestand auf über 9.000 angestiegen. Fast 5.000 Beschwerden sind auf ein Duzend Beschwerdeführer zurückzuführen.

### **8. Ehrung des Stadtverordneten Herrn Schubbert-von Hobe für seine zehnjährige Tätigkeit in der Kommunalpolitik**

Bürgermeister Wilde ehrt den Stadtverordneten, Herrn Schubbert-von Hobe für seine 10jährige Tätigkeit in der Kommunalpolitik.

Stadtverordneter Schubbert-von Hobe ist seit dem 30.05.2005 in der Kommunalpolitik aktiv, zunächst als Bürgerliches Mitglied, um dann als Stadtverordneter seit dem 23.06.2008 tätig zu sein. Er ist nicht nur 2. Stellvertretender Bürgermeister, sondern auch in zahlreichen Ausschüssen wie Hauptausschuss, Schulleiterwahlausschuss, Finanzausschuss, Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss, Aufsichtsrat badlantic, Wahlprüfungsausschuss und Ältestenrat zurzeit aktiv. Er ist außerdem Vorsitzender des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses. Außerdem war er in zahlreichen weiteren Ausschüssen wie Werkausschuss, Sozialausschuss, Umweltausschuss, etc. tätig.

Obwohl Stadtverordneter Schubbert-von Hobe noch nicht lange dabei ist, hat er bereits seine Zeichen gesetzt. Bürgermeister Wilde dankt ihm für seine jahrelange Arbeit und sein Engagement und überreicht ihm eine Urkunde mit einem Präsent.

**9. DLRG-Vereinshaus auf dem Gelände der badlantic Betriebsgesellschaft mbH**

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses, Herr Schubbert-von Hobe, hält den Sachvortrag.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2016/003 zu.

**Abstimmungsergebnis:**

	<b>24 dafür</b>
	<b>4 dagegen</b>
	<b>1 Enthaltung</b>

**2015/148/2**

**10. Erlass der Haushaltssatzung 2016  
- Beschlussfassung über den Stellenplan 2016**

Stadtverordneter und Vorsitzender des Hauptausschusses, Herr Schmick, hält den Sachvortrag.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2015/148/2 zu.

**Abstimmungsergebnis:                    Alle dafür**

## 11. Erlass der Haushaltssatzung 2016

Stadtverordneter und Vorsitzender der Finanzausschusses, Herr Conring, hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Möller stellt im Namen der SPD-Fraktion zum Haushalt 2016 fest, dass man in den vergangenen Jahren in goldenen Zeiten gelebt habe. Trotz des Einbruchs der Gewerbesteuer seien jedoch wichtige Investitionen im Haushalt 2016 enthalten, wie z. B. Sanierung des Rathauses, Ersatz- und Erweiterungsbaumaßnahme an der Grundschule Am Reesenbüttel, barrierefreier Zugang zu den U-Bahnhöfen, Ausbau des Kreisels einschl. der Straße vom Beimoorweg bis An der Strusbek, Anschaffung von Feuerwehrfahrzeugen, Sanierung des Chemieraumes an der Stormarnschule, Erneuerung des Kunstrasenplatzes beim SSC-Hagen, Erneuerung des Spechtweges, Geh- und Radwege in der Manhagener Allee, Erneuerung des Spielplatzes am Ahrensburger Kamp etc. In den vergangenen Jahren sei viel in die Kinderbetreuung investiert worden, wobei diese Einrichtungen auch fortlaufend Kosten verursachen würden. Der Produktbereich z. B. mit den Ziffern 36 „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ - mit u.a. Zuschüssen für Kindertagesstätten fremder Trägerschaften - sei von 2013 bis 2016 von 4,645 Mio.€ auf 7,262 Mio.€ im Haushalt gestiegen, somit um ca. 56 % in 4 Jahren. Um zu vermeiden, dass die laufenden Kosten weiterhin zu Lasten der Unterhaltungskosten gehen, sind nach Auffassung der SPD-Fraktion die Steuern zu erhöhen. An dem notwendigen Unterhaltungsaufwand an Straßen und Gebäuden dürfe nicht weiter eingespart werden. Die SPD-Fraktion beantragt deshalb die Erhöhung der Hebesätze der Grundsteuern A und B für 2016 auf 400 %.

Stadtverordneter Conring erklärt im Namen der CDU-Fraktion, dass sich die CDU-Fraktion gegen jede Steuererhöhung ausspricht. Wenn man über seine Verhältnisse lebe, sei es einfacher die Schulden in Steuererhöhungen zu kaschieren als offen zu legen. Das Ergebnis sei das gleiche, der Bürger zahle die Zeche. Trotz der massiven Steuererhöhungen, die in dem Entwurf vorgeschlagen wird, würden die Einnahmen nicht ausreichen, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Es seien zu viele laufende Kosten in Einrichtungen und Projekten der Stadt „ans Bein gebunden“ worden, die Investitionsgeschwindigkeit sei viel zu hoch. Demgegenüber seien die Anstrengungen zur Erhöhung der Gewerbesteuereinnahmen zu gering. Im B-Plan-Verfahren 88 gäbe es nach wie vor keine Planreife und somit keine Möglichkeit neuer Gewerbeansiedlungen; mehrere Gewerbetriebe hätten Ahrensburg verlassen. Die Umsetzung von chancenreichen neuen Projekten wie Lindenhof oder Kino würden zu lange dauern. Eine Erhöhung der Gewerbesteuer sei kontraproduktiv, auch mit Verweis auf in der Nachbarschaft liegender Gemeinden mit deutlich geringeren Hebesätzen, zum Beispiel Braak mit 300 % oder Siek 320 %, zu denen Ahrensburger Unternehmen abgewandert seien. Laut Studie des Deutschen Industrie- und Handelskammertages aus dem Jahr 2009 des Arbeitskreises für Standortverla-

gerung und Gewerbesteuer sei die Höhe der Hebesätze ein maßgebender Standortfaktor – neben einem schnellen Genehmigungsverfahren –, da die Gewerbesteuer ca. 50 % der Steuerlast der Unternehmen ausmache. Auch eine Erhöhung der Grundsteuer wird von der CDU-Fraktion nicht unterstützt, da diese letztmalig vor zwei Jahren massiv angehoben worden sei. Die CDU-Fraktion wird dem Haushalt 2016 nicht zustimmen.

Stadtverordneter Egan erklärt im Namen der WAB-Fraktion, dass Gegenstand des heutigen Haushalts ein Verlust von 4,7 Mio.€ mit einem Finanzmittelfehlbedarf von Krediten von ca. 10 Mio.€ sei. Es sei nicht möglich, den Gewerbesteuereinbruch von ca. 5 Mio.€ und die erhöhten Abgaben an Kreis und Land von ebenfalls ca. 5 Mio.€ in diesem Jahr im Haushalt zu kompensieren. Seit ca. 4 Monaten werde über diesen Haushalt in den Ausschüssen verhandelt mit vielen kleinen Maßnahmen und einer Verbesserung des Ergebnisses um rd. 1,2 Mio.€. Die WAB-Fraktion spricht sich gegen eine Erhöhung der Grundsteuer aus, da diese bereits vor 2 Jahren um 17 % erhöht worden sei. Eine nochmalige Erhöhung um 14 % wird von der WAB-Fraktion nicht befürwortet, da innerhalb von 3 Jahren auf die Bürger eine um 35 % höhere Steuerbelastung zukomme, was nicht verhältnismäßig sei. Der Gewerbesteuererhöhung wird die WAB-Fraktion zustimmen, da seit 2001 keine Gewerbesteuererhöhung erfolgt sei. Die Anforderungen, die die Bürger und die Unternehmen an die soziale Infrastruktur stellen, seien erheblich gestiegen, auch unter Berücksichtigung der Kosten für Kitas, Horten etc. Hier sei eine solidarische Teilnahme für alle, auch der Gewerbesteuerzahler, erforderlich. Er verweist auf den Antrag der FDP-Fraktion eine zentrale Kürzung um 1,2 Mio.€ vorzunehmen. Die WAB-Fraktion wird jedoch dem Antrag nicht zustimmen, da der Antrag nicht konkret sei. Er vertritt die Auffassung, dass man wie in den vergangenen Jahren bei Vorlage des Jahresabschlussberichts wieder besser da stehe, als es der Haushalt 2016 hergebe.

Stadtverordneter Koch führt im Namen der CDU-Fraktion aus, dass sofern Anträge gestellt werden, die z.B. Ausgaben verursachen, auch entsprechende Deckungsvorschläge gem. § 10 Abs. 4 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung aufweisen müssen, um sich bewusst zu werden, dass diese auch entsprechende Mehrausgaben verursachen würden. Auf vorhandene Schulden dürfe nicht weiter „oben drauf gesattelt werden“ durch weitere Schulden. Er moniert, dass sich die Ausweisung der neuen Gewerbeflächen im Beimoorweg seit ca. 10 Jahren verzögere. Seiner Auffassung nach würden nicht erforderliche Projekte, wie der Erwerb des Speichers, den sich die Stadt zurzeit nicht leisten könne, den Haushalt belasten. Es sollten sinnvolle Lösungsvorschläge zur Schuldenreduzierung erarbeitet und nicht der einfache Weg der Steuererhöhung gegangen werden. Der Gewerbesteuersatz sei ein Prozentsatz vom Gewinn, mit der Folge, dass die Steuer bei höherem Gewinn automatisch steige. Eine Gewerbesteuererhöhung sei nicht erforderlich.

Stadtverordneter Bellizzi erklärt im Namen der FDP-Fraktion, dass der Haushaltsentwurf 2016 weit davon entfernt sei, durch nicht vorhersehbare positive Einflüsse von außen noch einen Ausgleich zu erlangen. Das Defizit ist unter anderem auf das FAG, der Erhöhung der Kreisumlage um 3 Mio.€,

auf die Herausforderungen der Flüchtlingsunterbringung, der Schulen und Kitas zurückzuführen. Einsparungsmöglichkeiten sieht er darin, Lieblingsprojekte zu streichen wie z.B. Beteiligung der Selbstverwaltung an den Kosten für Städtepartnerschaftsreisen, 80.000 € für den Bau eines Spielplatzes etc. Sparbemühungen seien in den Fachausschüssen nicht erkennbar gewesen. Er verweist auch auf den Antrag der FDP-Fraktion der pauschalen Kürzung von Personal- und Sachkosten, der dem Bürgermeister die Freiheit gebe, zu entscheiden, wo er die Kosten im Rahmen der Personal- und Sachkonten einspare, zumal auch Stellen im Haushalt nicht das gesamte Jahr durchgängig besetzt seien. Steuern seien nicht dafür da, die Planlosigkeit der Politik auszugleichen. In dem Haushalt seien ausreichend Möglichkeiten vorhanden, eine Steuererhöhung abzuwenden. Eine Erhöhung der Hebesätze der Grundsteuern und der Gewerbesteuern wird von der FDP-Fraktion auch nicht befürwortet im Hinblick auf Gewerbeabwanderungen und Nichtfertigstellung des B-Plans 88. Er verweist auf die Stadt Mohnheim in Nordrhein-Westfalen, in der die Gewerbesteuerhebesätze auf 285 % herabgesenkt worden seien und die trotzdem eine Vervierfachung der Einnahmen der Gewerbesteuern zu verzeichnen habe, da die Stadt mit geringen Hebesätzen für Gewerbesteuerzahler attraktiv geworden sei. Die FDP-Fraktion beantragt deshalb, „die Gewerbesteuerhebesätze nicht zu erhöhen. Sie sollen weiterhin auf den Stand von 2015 verbleiben (AN/024/2016)“. Er beantragt im Namen der FDP-Fraktion namentliche Abstimmung. Sollten die Anträge der FDP-Fraktion nicht mehrheitlich beschlossen werden, wird die FDP-Fraktion den Haushalt ablehnen.

Stadtverordneter Schmidt beantragt im Namen von Bündnis 90/Die Grünen und der WAB-Fraktion, „das Projekt Nr. 501 – Neubau Brücke Moorwanderweg - nicht in das Jahr 2019 zu verschieben. Für 2017 werden unter 55100.090002 – 440.000 € Investitionsmittel eingeplant, die im Haushalt 2016 durch eine Verpflichtungsermächtigung in gleicher Höhe abgesichert werden. Gleichzeitig werden in 2017 Fördermittel in Höhe von 288.000 €, entsprechend 40 % der Gesamtinvestitionen von 720.000 €, eingeplant.“ Im Frühjahr 2018 finde eine Sicherheitsüberprüfung der Moorwanderwegbrücke statt, die mit hoher Wahrscheinlichkeit zum Ergebnis haben werde, dass die Brücke zu sperren sei. Sollte dies passieren und bis dahin kein Neubau geplant sein, stünde diese einzigartige Querung des Tunneltals für längere Zeit nicht zur Verfügung. Bürger und Besucher könnten damit das Tunneltal und die Burg Arnesvelde von Westen nicht erreichen. Dies ginge einher mit einem schweren Imageschaden für die Stadt. Um dies zu vermeiden, müsse der Neubau der Brücke im Herbst 2017 beginnen, da aus Gründen des Naturschutzes im Frühjahr und im Sommer nicht gebaut werden dürfe. Um die notwendigen Planungsschritte, Ausschreibungen und Lieferzeiten vorsehen zu können, müssten die Ausschreibungen im Winter 2016 erfolgen, damit der Bau im Herbst 2017 beginnen könne. Dazu würde ein ausreichendes Investitionsbudget für 2017, abgesichert durch eine korrespondierende VE im Haushalt 2016, benötigt werden.

Stadtverordneter Schmick erklärt für die WAB-Fraktion, dass die Abwanderung der Unternehmen dadurch bedingt sei, dass keine neuen Gewerbeflächen in Ahrensburg vorhanden seien und Unternehmen einen Standort direkt an der Autobahn bevorzugen würden.

Stadtverordneter Reuber vertritt im Namen der SPD-Fraktion die Auffassung, dass ein Vergleich der Hebesätze lediglich mit Städten gleicher Größenordnung wie Bargtheide und Bad Oldesloe möglich sei, deren Hebesätze höher als bei der Stadt Ahrensburg liegen würden. Der Rückgang der Gewerbesteuer sei auf die Gewinnlage der Unternehmen zurückzuführen. 82 % der Ausgaben der Stadt seien Weisungsaufgaben, auf die die Stadt keinen Einfluss habe. Bei einer Grundstücksfläche von 900 m<sup>2</sup> würde die Erhöhung der Grundsteuer im Jahr lediglich 48 € betragen.

Stadtverordneter Langbehn erklärt, dass die Bündnis 90/Die Grünen dem Haushalt zustimmen werden, da ansonsten keine notwendigen Projekte abgewickelt werden könnten. Die Politik und die Verwaltung seien an dem Haushaltserstellungsprozess gescheitert. Er moniert, dass die Haushaltsplanung weit von den Jahresabschlüssen abweiche. Die Zeit bis zu den kommenden Haushaltsberatungen sollte genutzt werden, um in den Ausschüssen über jeweils Bereiche des Haushalts und deren strukturellen Änderungen mit der Verwaltung zu diskutieren.

Der Antrag des Stadtverordneten Schmick auf Ende der Rednerliste wird abgelehnt.

Es folgen weitere Wortbeiträge durch Stadtverordnete Egan, Bellizzi, Koch, Eckert und Haase.

Anschließend wird dem Antrag des Stadtverordneten Schmick auf Unterbrechung der Sitzung mehrheitlich zugestimmt.

Nach fünfminütiger Unterbrechung der Sitzung erklärt Stadtverordneter Koch, dass die CDU-Fraktion dem gemeinsamen Antrag der CDU- und WAB-Fraktion zur Moorwanderwegbrücke nicht zustimmen werde, nicht weil die CDU-Fraktion gegen einen Neubau der Moorwanderwegbrücke sei, sondern weil dem Antrag zum jetzigen Zeitpunkt aufgrund der angespannten Haushaltslage keine Notwendigkeit beigemessen werde. Von der Verwaltung liege ein ungeeigneter Entwurf vor mit der Erforderlichkeit einer Neuplanung der Moorwanderwegbrücke, für die 50.000 € bereitstehen würden. Wenn diese Neuplanung zu einem besseren Ergebnis führe, dann setze der Prozess wie in dem Antrag beschrieben erst ein. Dann könnte ggf. über einen Nachtragshaushaltsplan 2016 über die Einplanung der Mittel beraten werden.

Stadtverordnete Schmick weist hinsichtlich der Moorwanderbrücke darauf hin, dass Fördergelder bewilligt werden müssen, dessen Voraussetzung sei, dass entsprechende Mittel im Haushalt eingeworben seien. Die WAB-Fraktion hat deshalb einen entsprechenden Antrag zur Moorwanderwegbrücke zusammen mit Bündnis 90/Die Grünen gestellt.

Stadtverordneter Bellizzi führt im Namen der FDP-Fraktion aus, dass er dem Antrag zur Moorwanderwegbrücke nicht zustimmen werde. Der Haushalt sollte nicht mit einer weiteren Verpflichtungsermächtigung belastet werden. Er verweist auf weitere dringende Projekte und würde dieses Pro-





**12. Zahlung von Schulkostenbeiträge 2015  
- Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen gemäß § 95 d GO**

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses, Herr Schubbert-von Hobe, hält den Sachvortrag.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2015/157 einstimmig zu.

**Abstimmungsergebnis: Alle dafür**

13. **45. Änderung des Flächennutzungsplans für das Gebiet nördlich der Straße An der Strusbek auf Höhe der Hausnummern 60 bis 68 in einer Tiefe von 120 m bis 180m, westlich begrenzt durch das Regenklärbecken östlich der Bahntrasse, nördlich begrenzt durch einen Knick an der Gemeindegrenze zu Delingsdorf, östlich begrenzt durch die Strusbek**  
**- Abwägung der Stellungnahmen**  
**- Abschließender Beschluss**

***Anmerkung der Verwaltung:***

*Aufgrund des § 22 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein waren Stadtverordnete von der Beratung und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes nicht ausgeschlossen.*

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses, Herr Möller, hält den Sachvortrag.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2016/007 einstimmig zu.

**Abstimmungsergebnis:                      Alle dafür**

14. **Bebauungsplan Nr. 97 für das Gebiet nördlich und östlich der Straße "An der Strusbek" auf Höhe der Hausnummern 56 bis 68 in einer Tiefe von 120 m bis 180 m, westlich begrenzt durch die Bahntrasse der Wirtschaftsbahn, nördlich begrenzt durch die Stadt-/Gemeindegrenze zu Delingsdorf, östlich begrenzt durch die Strusbek**  
**- Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 97**  
**- Beschluss der Bekanntmachung**

***Anmerkung der Verwaltung:***

*Aufgrund des § 22 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein waren Stadtverordnete von der Beratung und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes nicht ausgeschlossen.*

Die Stadtverordneten stimmen dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2015/162 einstimmig zu.

**Abstimmungsergebnis:**

**Alle dafür**

15. Städtebauförderung: Einleitungsbeschluss über Vorbereitende Untersuchungen - Städtebauliche Gesamtmaßnahme: Städtebauförderungsprogramm "Städtebaulicher Denkmalschutz" für die Innenstadt/ Schlossbereich  
- Zustimmung zum geänderten Fördergebiet: Ergänzungsbereich Bahnhof

**Anmerkung der Verwaltung:**

*Aufgrund des § 22 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein waren Stadtverordnete von der Beratung und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes nicht ausgeschlossen.*

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses, Herr Möller, hält den Sachvortrag.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2016/006 einstimmig zu.

**Abstimmungsergebnis:                      Alle dafür**

**16. Schulentwicklungsplanung der Stadt Ahrensburg für die Jahre 2015 bis 2019**

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses, Herr Schubbert-von Hobe, hält den Sachvortrag. Der Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss hat empfohlen, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen, mit der Maßgabe, dass in der mittelfristigen Finanzplanung für 2017 Planungskosten in Höhe von 100.000 € für die Erweiterung der Selma-Lagerlöf-Gemeinschaftsschule eingeplant werden.

Stadtverordneter Stukenberg erklärt im Namen der FDP-Fraktion, dass diese der Schulentwicklungsplanung zustimmen werde, wenngleich die Fortschreibung im Bereich der Horte bezüglich der 50%igen Hortdeckung nicht realistisch erscheine. Der Andrang in den Horten sei erheblich höher im Hinblick auf den Erfolg von Vereinbarkeit von Kind und Beruf mit der Folge einer wahrscheinlichen Nachfrage von ca. 70 % bis 80 % für eine Ganztagsbetreuung. Es werde aufgrund der großen Nachfrage immer schwieriger, qualifiziertes Personal und Räumlichkeiten zu finden. Auf Landesebene werde das Thema Horte nicht mehr bearbeitet, sondern massiv für offene Ganztagschulen geworben. Es sind Konzepte zu erarbeiten, wie in Zukunft der gewaltige Bedarf in den Schulen erfolgreich bewältigt werden könne. Als Stadt kann lediglich der Apell gemacht werden, dass diejenigen, die an den Schulen arbeiten, die Kinder mit einer pädagogisch sinnvollen begründeten Arbeit ganztags betreuen.

Stadtverordneter Randschau erklärt im Namen der SPD-Fraktion, dass diese dem Schulentwicklungsplan zustimmen werde, insbesondere auch weil die dringend benötigte Erweiterung der Selma-Lagerlöf-Gemeinschaftsschule bereits 2017 aufgenommen worden sei. Bezüglich der Nachmittagsbetreuung von Grundschulkindern weist er auf die Ausführungen des Stadtverordneten Stukenberg hin. Auch er sieht die Hortbetreuung von 50 % nicht als realistisch an. Es muss ein Konzept erarbeitet werden, wie eine Unterbringung gewährleistet werden kann. Es sollte geprüft werden inwiefern Modelle der offenen Ganztagschule im Grundschulbereich eine Rolle spielen könnten. Diese Diskussion ist zeitnah zu führen.

Stadtverordnete Brandt erklärt, dass es Konsens im Sozialausschuss war, sich dieser von den Stadtverordneten Stukenberg und Randschau angesprochenen Thematik vor der Sommerpause unter Vorlage von Modellen zu stellen. Die Politik wird Denkansätze geben. Die Umsetzung wird in den Schulen erfolgen müssen.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem nachfolgenden Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2015/160 zu:

- „1. *Die Schulentwicklungsplanung der Stadt Ahrensburg für die Jahre 2015 bis 2019 (SEP) wird beschlossen. Soweit die Umsetzung der Einzelmaßnahmen mit Kosten verbunden ist, bedürfen diese einer gesonderten Beschlussfassung.*
  
2. *In der mittelfristigen Finanzplanung werden für 2017 Planungskosten in Höhe von 100.000 € für die Erweiterung der Selma-Lagerlöf-Gemeinschaftsschule eingeplant. Das bestehende Raumprogramm (SEP, Seite 102) für die Erweiterung wird Anfang 2018 auf Basis der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für die Jahre 2017 bis 2021 überprüft und ggf. modifiziert. Die Umsetzung der Baumaßnahme ist für die Jahre 2020/2021 vorgesehen.“*

**Abstimmungsergebnis:**

**Alle dafür**



**18. Verkaufsoffene Sonntage 2016**

Die Stadtverordneten nehmen die Termine für die verkaufsoffenen Sonntage 2016 zur Kenntnis.

**19. Antrag des Behindertenbeirates f.d. STV - Kommunaler Aktionsplan  
"Ahrensburg wird inklusiv"**

Zurückverwiesen in die Ausschüsse (siehe TOP 5 „Festsetzung der Tagesordnung“).

gez. Roland Wilde  
Vorsitzender

gez. Birgit Reuter  
Protokollführerin